



Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg

Fraktion Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



SPD-Fraktion
Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg

B 90/ Die Grünen-Fraktion
Neue Sülze 4
21335 Lüneburg

Hansestadt Lüneburg
Herrn Oberbürgermeister
Ulrich Mädge
Rathaus

Gruppensprecher:
Heiko Dörbaum
Stellv. Gruppensprecher:
Andreas Meihies

21335 Lüneburg

Lüneburg, den 24.10.2013

Antrag zur Sitzung des Rates am 20.11.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,

zur o.a. Ratssitzung stellen wir folgenden Antrag:

Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP, CETA, TiSA) – Kommunale Selbstverwaltung schützen

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge folgende Resolution beschließen:

„Der Rat der Hansestadt Lüneburg setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und den Erhalt der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik ein.

Wir beobachten mit großer Sorge die aktuellen Meldungen über die derzeit von der EU-Kommission geführten Verhandlungen bezogen auf ein Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA, ein Handelsabkommen (CETA) mit Kanada und ein multilaterales Dienstleistungsabkommen (TiSA).

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Verhandlungen negative Auswirkungen für das kommunale Handeln in verschiedenen Bereichen z.B. bei

- der öffentlichen Auftragsvergabe,
- der Gestaltung der regionalen Energieversorgung,
- dem kommunalen Umweltschutz,
- der Förderung und Unterstützung der Kultur (z.B. Theater),
- der Erwachsenenbildung (z.B. VHS)
- wie auch für die Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte der Hansestadt und der städtischen Gesellschaften

nach sich ziehen würde.

Der Rat der Hansestadt fordert vor diesem Hintergrund die regionalen Abgeordneten des Landtages, des Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, Einfluss auf die Vorgaben für die Verhandlungen der EU-Kommission, der Bundesregierung und der Landesregierung zu nehmen, um zu erreichen, dass

1. die aktuellen Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind,
2. keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden vorgenommen werden,
3. die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen und
4. der sogenannte Investorenschutz mit Klagemöglichkeiten vor nicht staatlichen Schiedsgerichten, der auch zu Ungunsten der Kommunen möglich wäre, verhindert wird.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg begrüßt ausdrücklich die aktuellen Beschlüsse des Deutschen Städtetages, Deutschen Landkreistages, Deutschen Städte- und Gemeindebundes und dem Verband kommunaler Unternehmen in dem „Gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ vom Oktober 2014 und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen in vollem Umfange an.“

Begründung:
erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Heiko Dörbaum

Andreas Meihies